

Informationen gemäß Art. 13 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten

Im Zusammenhang mit Ihrem Antrag auf Errichtung und Betrieb einer Deponie, für den gem. § 35 Abs. 2 KrWG ein Planfeststellungsverfahren gem. §§ 72 bis 78 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) durchzuführen ist, werden bei Ihnen personenbezogene Daten erhoben. Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise:

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3
48143Münster

Telefon 0251/411-0

E-Mail-Adresse: poststelle@brms.nrw.de

Internet-Adresse: <http://www.bezreg-muenster.de/>

2. Angaben zum Vertreter des Verantwortlichen

Den oben genannten Verantwortlichen vertritt:

Die Regierungspräsidentin / der Regierungspräsident

Domplatz 1-3
48143Münster

Telefon 0251/411-0

E-Mail-Adresse: poststelle@brms.nrw.de

3. Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten lauten:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3
48143Münster

Telefon 0251/411-0

E-Mail-Adresse: datenschutz@brms.nrw.de

4. Angaben zu der Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen:

Kavalleriestr. 2-4
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/38424-0

Telefax: 0211/38424-10

Email: poststelle@ldi.nrw.de

Internet: www.ldi.nrw.de

5. Zweck/e und Rechtsgrundlage/n der Verarbeitung

Durchführung des gem. § 35 Abs. 2 erforderlichen Planfeststellungsverfahrens nach den Vorgaben der §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) durch die Bezirksregierung Münster und Kommunikation mit dem Vorhabenträger, Betreiber und Entwurfsverfasser des Antrags

6. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Folgende personenbezogene Daten von Ihnen werden durch das Dezernat 52 der Bezirksregierung Münster verarbeitet:

Personenbezogene Daten des Vorhabenträgers und / oder seines Bevollmächtigten, des Betreibers und des Entwurfsverfassers des Antrags (§ 19 Abs. 1 Nr. 1 DepV):

- Name, Vorname, Adresse, ggfls Telefonnummer, Telefax-Nr., E-Mail-Adresse

Vorhabenplan einschl.

- Vorhaben
- Anlass des Vorhabens
- die von dem Vorhaben betroffenen Grundstücke (Flurstücke, Flur-Nrn)
- Anlagen des Vorhabens
- Eigentumsverhältnisse bezüglich der von dem Vorhaben betroffenen Grundstücke und Anlagen

7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (einschließlich des Zwecks der „Übermittlung“, der unter 5. bereits dargestellt ist)

Anonymisierte Pläne werden weitergeleitet an

- Träger öffentlicher Belange (Fachbehörden und Versorgungsunternehmen, deren Aufgabenbereich berührt wird)
- anerkannte Naturschutzvereinigungen
- und öffentlich ausgelegt

Nicht anonymisierte Unterlagen werden weitergeleitet an

- die Anhörungsbehörde
- die Behörden, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird.

Sie werden außerdem weitergegeben

- an die Landeskasse, die die Verfahrensgebühren einnimmt, sowie ggfls.
- an das Rechnungsprüfungsamt und den
- Landesrechnungshof.

An das Landesarchiv NRW werden Ihre Daten ggfls. weitergegeben, wenn die Akten nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist als archivwürdig eingeschätzt werden.

8. Absicht Übermittlung an Drittland oder eine internationale Organisation

Gem. § 20 DepV gilt folgendes:

„Kann ein nach § 35 Abs. 2 KrWG planfeststellungspflichtiges Vorhaben erhebliche Auswirkungen in einem anderen Staat haben, die in den Antragsunterlagen zu beschreiben sind oder ersucht ein anderer Staat, der möglicherweise von den Auswirkungen erheblich berührt wird, darum, hat die zuständige Behörde die von dem anderen Staat benannten Behörden zum gleichen Zeitpunkt und im gleichen Umfang über das Vorhaben zu unterrichten, wie die nach § 73 Abs. 2 VwVfG zu beteiligenden Behörden. Für das weitere Verfahren ist § 11a der Verordnung über das Genehmigungsverfahren entsprechend anzuwenden.“

9. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer

Ihre Daten werden mindestens für die Dauer des Planfeststellungsverfahrens gespeichert. Wird der Antrag zurückgezogen, werden auch Ihre Daten nicht mehr benötigt und werden gelöscht. (Die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen (mindestens 1 Jahr) bleiben unberührt)

Tritt der Planfeststellungsbeschluss unanfechtbar in Kraft, gilt er grundsätzlich dauerhaft, sodass auch die begründenden Daten dauerhaft gespeichert werden.

Wird der Planfeststellungsbeschluss rechtswirksam angefochten oder mit der Durchführung des Plans nicht innerhalb von fünf Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit begonnen, tritt der Plan außer Kraft. Ihre Daten werden dann nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht (mindestens weitere 5 Jahre) gelöscht.

(§ 75 Abs. 4 VwVfG i. v.m. Rd.Erl. des MIK - 51-17.05 - vom 25.07.2016)

Bei Archivwürdigkeit werden die Daten dauerhaft beim Landesarchiv NRW archiviert.

10. Rechte der Betroffenen

Bei Erhebung personenbezogener Daten stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Unter den Voraussetzungen des Art. 7 DSGVO haben Sie ein Recht auf Widerruf der Einwilligung.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 15 DSGVO haben Sie ein Auskunftsrecht.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 16 DSGVO haben Sie ein Recht auf Berichtigung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DSGVO haben Sie ein Recht auf Löschung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO haben Sie ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO haben Sie ein Recht auf Übertragung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO haben Sie ein Recht auf Widerspruch.

11. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht, bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Beschwerde einzulegen. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 4. dieses Bogens.

12. Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten/ Widerspruchsrecht bei Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe

Sie haben das Recht, aus Gründen die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen. Ich werde Ihre Daten dann dennoch verarbeiten, wenn ich zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.